## Linke fordert Ende der "Schnüffelei"

**Polizeianwärter** Der Fragebogen stößt auf Kritik. Die Grünen indes schließen vorerst Frieden mit Innenminister Gall. *Von Reiner Ruf* 

er Fragebogen zur Verfassungstreue von angehenden Polizeibeamten kommt nicht aus der Kritik. Nun hat auch die Linkspartei ihre Stimme erhoben. Der Sindelfinger Bundestagsabgeordnete Richard Pitterle spricht von "Gesinnungsschnüffelei" und fordert Innenminister Reinhold Gall (SPD) auf, "die Aktion sofort einzustellen". Zuvor hatten bereits der Grünen-Landesvorsitzende Oliver Hildenbrand sowie Gewerkschafter aus dem Land gegen den Fragebogen Front gemacht.

Seit Sommer vergangenen Jahres müssen sich Bewerber für den Polizeidienst mit einem Papier auseinandersetzen, das neben einer Belehrung über die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch eine Liste von

"Ich stelle den Fragebogen nicht grundsätzlich infrage."

Jörg Klingbeil, Landesbeauftragter für den Datenschutz Parteien, Vereinen und sonstigen Gruppierungen enthält, denen verfassungsfeindliche Bestrebungen vorgeworfen werden. Grundlage dafür sind die Verfassungsschutzberichte des Bundes sowie des Landes. Aufgeführt wer-

den Gruppen aus den Bereichen des islamistischen Terrorismus sowie dem Ausländerextremismus. Auch nach einer möglichen Mitgliedschaft bei Scientology wird gefragt. Von größerer Relevanz aber sind Gruppierungen, die dem Links- wie auch dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Auch der Ku-Klux-Klan, der gewissermaßen die Initialzündung zu den Fragen auslöste, wird genannt.

2002 waren zwei Polizisten, darunter ein Beamter auf Probe, für mehrere Monate Mitglied in der rassistischen Vereinigung gewesen, kamen aber 2005 unter Innenminister Herbert Rech (CDU) nach einem Disziplinarverfahren mit einer Rüge davon – der denkbar schwächsten Form einer Sanktion. Ruchbar wurde die Sache ohnehin erst unter Rechs Nachfolger Gall, der wenig Verständnis für die laxe Reaktion auf die Verfehlungen der Polizisten aufbrachte. Die beiden Polizisten hatten behauptet,



Wer in den Polizeidienst möchte, soll Fragen zur Verfassungstreue beantworten. Foto: dpa

sie hätten vom Rassismus des Ku-Klux-Klans nichts gewusst, vielmehr habe sie das mythische Spiel angelockt, außerdem die Aussicht auf neuen Freunde.

Das klang zwar abstrus, doch argumentiert das Innenministerium, man habe die Aussage damals nicht widerlegen können. Mit dem Fragebogen werde man künftig etwas Schriftliches in der Hand haben. In dem Papier müssen die Polizeianwärter ankreuzen, ob sie Mitglied in einer der angeführten Gruppierungen sind oder waren. Verneinen sie dies und stellt sich dies später als Lüge heraus, könne dies zum Entfernen aus dem Dienst führen. Zudem könne niemand mehr behaupten, er habe keine Ahnung gehabt von den verfassungsfeindlichen Bestrebungen der gelisteten Organisationen, führt das Ministerium auf.

Der Linke-Abgeordnete Pitterle indes hält es für "blamabel", dass in dem Fragebogen auch nach der Zugehörigkeit zu Gruppierungen seiner Partei wie etwa der Sozialistischen Linken gefragt werde, die von seinem Parteikollegen und einstigen SPD-Landeschef Ulrich Maurer mitbegründet worden sein und sich politisch eng an die Positionen von Linke-Mitbegründer Oskar Lafontaine anlehne.

Laut Innenministerium soll der Fragebogen im Laufe des Jahres einer Evaluation unterzogen werden. Der Grünen-Landeschef Oliver Hildenbrand hatte im Dezember vor allem davor gewarnt, den Fragebogen auf die gesamte Landesverwaltung auszudehnen. Als wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Bamberg musste er einst entsprechend den bayerischen Regeln ein ähnliches Papier unterschreiben. So etwas gehe zu weit, sagte er. Dass man jedoch genauer hinschaue, wer bei der Polizei tätig werde, hält er inzwischen für nachvollziehbar. Das sieht Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann ganz ähnlich: Die Polizei gehöre zum Kernbereich der öffentlichen Verwaltung. "Da gibt es andere Erfordernisse als beim Finanzamt Freiburg-Land." Klärend war wohl ein Auftritt von Innenminister Gall beim Grünen-Landesvorstand vor Weihnachten. "Das war ein gutes und konstruktives Gespräch", sagt Frau Sitzmann. Aus dem Innenministerium verlautet, eine Ausweitung des Fragebogens auf die gesamte Verwaltung stehe derzeit nicht zur Diskussion.

Jörg Klingbeil, der Landesbeauftragte für den Datenschutz, stellt den Fragebogen "nicht grundsätzlich infrage". Allerdings steht er in dieser Sage noch in Kontakt mit dem Innenministerium. Dabei geht es unter anderem darum, wie lange der Fragebogen bei abgelehnten Bewerbern aufbewahrt werden darf. Bei den angenommenen Bewerbern kommt das Papier in die Personalakte.

## DAS TREIBEN DES RASSISTISCHEN GEHEIMBUNDS

Ku-Klux-Klan Der rassistische Geheimbund entstand 1865 im Süden der Vereinigten Staaten. Er hatte zeitweilig mehrere Millionen Mitglieder und zielte auf die Unterdrückung der Afroamerikaner ab. Dabei schreckte er vor Terror und Morden nicht zurück. Er trägt bis heute auch antisemitische Züge.

Baden-Württemberg Von 2000 bis 2003 existierte in Schwäbisch Hall ein Ableger des Ku-Klux-Klans. Er wurde von dem Rechtsextremisten Achim S. geleitet. Der Mann war bis Oktober 2000 ein Informant des Verfassungsschutzes. Die Haller Gruppe bestand aus etwa 20 Mitgliedern aus mehreren Bundes-

ländern. Dazu zählten für etliche Monate auch zwei Polizisten aus Baden-Württemberg. Einer davon fungierte 2007 als Gruppenführer der in Heilbronn ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter. Die Behörden sagen, es gebe keinen Zusammenhang zwischen dem Ku-Klux-Klan und dem Heilbronner Mord. rer